

Politische Bildung in Suhl: Diskussion mit Stefan Bollinger zum Thema „Stalin und der Stalinismus“



Das *Suhler Gesprächsforum alternativ* organisierte im Mai dieses Jahres gemeinsam mit der Rosa- Luxemburg-Stiftung Thüringen und der AG Geschichte des Stadtverbandes DIE LINKE eine Veranstaltung zum Thema: „Der XX. Parteitag der KPdSU – ein politisches Erdbeben und seine Wirkungen“. Gast des Abends war Dr. Stefan Bollinger, Mitglied der Historischen Kommission der Partei DIE LINKE und stellvertretender Vorsitzender des Vereins *Helle Panke – Rosa Luxemburg Stiftung* Berlin.

Die Veranstaltung in der Suhler Kulturbaustelle war gut besucht. Historische Themen zur mehr als 150-jährigen Geschichte linker Bewegungen finden nach wie vor zahlreiche Interessenten und kritische Diskussionspartner unter den Linken. Es zeigte sich, dass eigene Geschichte und insbesondere die des Stalinismus nicht weggeworfen oder negiert werden kann. Altlasten, überkommene Strukturen und frühere Idealvorstellungen kann die gegenwärtige linke Bewegung nicht einfach „hinter sich lassen“, um zur Tagesordnung überzugehen. „Stalinismus im engeren Sinne“ kann nicht mit psychischen Erkrankungen eines „Führers und großen Lehrers“ erklärt werden. Er war, so Stefan Bollinger, die „terroristische Diktatur ... eines Generalsekretärs“, seines Politbüros und seines Geheimdienstes und stellt ein „krasses Zuwiderhandeln gegen die eigenen kommunistischen Ideale“ dar. Niemand konnte vor dem „Unmaß an Vernichtung, Terrorisierung, Freiheitsberaubung und Ausgrenzung“ sicher sein. Es ging nicht um einzelne Exzesse, sondern eine bewusste, „oft planmäßige Verschärfung des Klassenkampfes im Inneren“ mit ihren verhängnisvollen Folgen. Den Einwand aus dem Publikum, dass verbrecherische Verfolgungen in großem Ausmaß erst während des Großen Vaterländischen Krieges vorgekommen seien, zuvor habe es nur Einzelfälle gegeben, wies Bollinger entschieden zurück. Die Ermordung, Verfolgung und Verurteilung Hunderttausender in den „Hochzeiten“ des Stalinismus 1936 bis 1938 sowie 1948 bis 1953 beweise das Gegenteil. Richtig sei allerdings, dass die Analyse des realsozialistischen Systems nicht auf Pauschalurteile oder Schwarz-Weiß-Denken reduziert werden könne. „Sie muss immer konkret-historisch, zu konkreten Vorgängen, Zusammenhängen und Personen erfolgen.“ Eine konkret historische Betrachtung der Stalinschen Politik bedeutet allerdings auch die Anerkennung des Scheiterns von durchaus vorhandenen Gegenbewegungen, ob von Bucharin, Trotzki oder anderen, die sich jeweils nicht durchzusetzen vermochten. Das betrifft sowohl die Geschichte der Sowjetunion als auch die Untersuchungen zur Geschichte des „Stalinismus im weiteren Sinne“ in osteuropäischen Staaten. Einer der Teilnehmer meldete sich mit einer Broschüre zu N.S. Chrustschows „Geheimrede“ aus dem Jahre 1990 in der Hand und wollte wissen, wie diese über 34 Jahre geheim gehalten werden konnte.



Interessierte Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Gespräch mit Stefan Bollinger (Foto. KhW)

Hier ergab die Diskussion, dass es mit der Geheimhaltung nicht so weit her war. Die Rede war einerseits schon frühzeitig in den Westen gelangt und dort auch veröffentlicht worden. Ein Teilnehmer, der an der 3. Parteikonferenz der SED teilgenommen hatte, schilderte das Verlesen der Rede in der Werner-Seelenbinder-Halle, bei der allerdings jede Mitschrift untersagt war. Bedrückend sei die Atmosphäre auf der Konferenz auch deshalb gewesen, weil weder Fragen noch Diskussionen gestattet waren. Die Stellungnahmen der Parteiführung der SED blieben sparsam. Bekannt und oft wiederholt ist die Bemerkung Walter Ulbrichts, dass Stalin nun nicht mehr zu den Klassikern des Marxismus gezählt werden könne. Nicht uninteressant ist aber, dass in verschiedenen osteuropäischen Ländern nach dem XX. Parteitag der KPdSU große Entstalinisierungswellen und -krisen begannen. Auch in der DDR wurde auf Initiative Walter Ulbrichts in der 60-er Jahren mit dem Neuen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖS) eine breit angelegte ökonomische Reform mit einer spürbaren Erhöhung der Verantwortung und der Selbständigkeit der warenproduzierenden Einheiten begonnen, einer Reform mit viel Parallelen zur Leninschen Neuen Ökonomische Politik (NÖP), die allerdings noch vor ihrer Vollendung wieder rückgängig gemacht wurde.

In der Diskussion spielte auch die Frage eine Rolle, inwieweit der Stalinismus bereits von Karl Marx in seiner Forderung nach einer Diktatur des Proletariats oder in der Leninschen Lehre von der Partei als Bund von Berufsrevolutionären angelegt gewesen sei. Auch hier gilt aber die Forderung nach einer konkret-historischen Betrachtung. Wenn auch im Nachhinein gewisse Ansätze nicht völlig auszuschließen seien, so wurde die Diktatur des Proletariats von Marx als Macht einer unterdrückten Mehrheit gegen eine ausbeuterische herrschende Minderheit gebraucht und Lenins Lehre von revolutionären Partei kann auch nur aus den konkreten Bedingungen des zaristischen Russlands verstanden werden. Zudem war Lenin im Gegensatz zu Stalin ein wendiger und überaus flexibler Politiker, der es verstand einmal gewonnene Erkenntnisse veränderten Bedingungen anzupassen.

Auch heute kommt es noch darauf an, dass Linke aus ihrer Geschichte lernen. Lernen können sie aber nicht durch ärgerliches Wegschieben, Vergessen oder Abschwören, sie müssen die „Vergangenheit mit ihren Fehlern auch historisieren. Nicht um sie zu rechtfertigen, aber um sie zu begreifen.“ Nach wie vor geht es darum, mit stabilen Mehrheiten eine neue, nichtkapitalistische Gesellschaft in gemeinsamen Aktionen demokratisch zu gestalten.

-Karlheinz Walther-

Die Zitate in diesem Text stammen von Stefan Bollinger: „Anmerkungen zu linken Selbstverständnis, Stalinismus, Macht und den Anforderungen der Gegenwart“. In: Helle Panke, Pankower Vorträge, Heft 199, Seite 48 ff.